

Zum Haushalt ergeben sich verschiedene Fragen und Anregungen:

- Zunächst nimmt Frau Deitenbach Bezug auf die Einbringungsrede zum Haushalt. Hier sei von einem Mehraufwand von 21.000 € für die Ausweitung der Betreuungsangebote 8-1 und 13plus die Rede. Dies werde dadurch relativiert, dass die Personalkosten durch die Eltern zu tragen seien. Im Nebensatz hieße es, dass die sonstigen Mehrkosten anderweitig aufgefangen werden. Ihres Wissens aber würden alle Kosten von den Eltern getragen.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich die Aussage auf die Personalkosten insgesamt bezieht.

In diesem Zusammenhang geht er noch einmal auf die Entwicklung der Personalkosten ein. Die im Stellenplan ausgewiesene von 3 Stellen sei auf den ersten Blick etwas irreführend. Tatsächlich gehe hiermit aber keine Personalausweitung einher. Grund seien die geringfügig Beschäftigten, die seit 2002 tarifvertraglich einzuordnen seien. Somit erfolge eine Ausweisung zusätzlicher Stellen für diese Beschäftigten. Die tarifliche Einordnung hätte eigentlich 120.000 € Mehrkosten mit sich gebracht. Durch Stundenkürzungen- und Verlagerungen sei erreicht worden, ohne Mehrkosten auszukommen.

Schließlich weist der Bürgermeister darauf hin, dass nicht alle ausgewiesenen Stellen besetzt seien. Ausscheidende Kräfte würden nicht durch neu eingestelltes Personal ersetzt. Er nennt mit dem Kaufmännischen Werkleiter, dem Kassenleiter, einer Beschäftigten des gehobenen Dienstes beim Sozialamt sowie einem Bauhofarbeiter vier Beispiele. Die Summe der Personalkosten sei in Gänze auch deshalb irreführend, weil unbeeinflussbare Faktoren hierin enthalten seien, wie z.B. der Anstieg der Krankenkassenbeiträge, der Rentenbeiträge oder der Versorgungsumlagen. Ebenso seien die Personalkosten für das Personal der Betreuungsmaßnahmen an allen Schulen mit steigender Tendenz in der Gesamtsumme enthalten. Hierfür gebe es aber an anderer Stelle im Haushalt über Landeszuschüsse und Elternbeiträge eine Refinanzierung.

Ergänzend trägt der Bürgermeister eine Folie vor, aus der die Schuldenentwicklung der Gemeinde in den letzten Jahren hervorgeht. Hier sei man verantwortungsvoll und sorgsam vorgegangen.

Hinweis: Die Folie liegt als Anlage der letzten Niederschrift des Rates bei.

- Des weiteren spricht Frau Deitenbach die in der Einbringungsrede angesprochenen Kürzungen von Mitteln der Ortswerbung an. Im Haushaltsplan sei hiervon aber nichts zu sehen. Verwaltungsseitig wird klar gestellt, dass in den Vorverhandlungen mit den Fachämtern zusätzliche Wünsche nicht berücksichtigt, Kürzungen des bestehenden Ansatzes aber nicht vorgenommen wurden.
- Frau Deitenbach sieht eine Diskrepanz zwischen veranschlagten Ausgaben und Einnahmen bei den Betreuungsmaßnahmen 8-1 und 13plus. Am Beispiel der 13plus-Maßnahme der Grundschule Harmonie legt sie die Differenz zwischen betreuten Schülern und den ausgewiesenen Haushaltsmitteln dar. Ihrer Vermutung nach handelte es sich hierbei um einen Sicherheitsvorbehalt. Sie regt an, diesen geringer zu kalkulieren, da die Teilnehmerzahlen eher steigen als zurückgehen würden. Eltern seien die ausreichende Betreuungsstunden wichtiger als eine spätere Rückzahlung nicht gebrauchter Beiträge. Der Bürgermeister erklärt, dass bei der verwaltungsinternen Ermittlung der Ansätze im August genaue Zahlen noch nicht vorliegen. So seien z.B. in der Grundschule Harmonie Wünsche nach weiterem Betreuungspersonal vorhanden. Die Personalkosten für alle Schulen seien entgegen dem ursprünglich vorgesehenen Betrag von 52.000 € schon jetzt mit rund 58.000 € zu beziffern. Von einer Aufstockung des Personals für Betreuungsmaßnahmen sei auszugehen.
- Im übrigen spricht Frau Deitenbach die im Vermögenshaushalt ausgewiesene Rückzahlung von Mitteln aus der Ortskernerneuerung an und hinterfragt die Einzelheiten. Der Bürgermeister und der Kämmerer erklären, dass es sich um die Maßnahme im Ortskern aus den 80er Jahren handelt. Diese Maßnahmen würden erst nach der letzten technischen Prüfung als abgeschlossen gelten. Diese sei erst Mitte der 90er Jahre erfolgt. Nun sei

vom Landesrechnungshof der RP als Zuschussgeber geprüft worden. Möglicherweise laufe diese Prüfung auf eine Rückzahlung gezahlter Zuschüsse hinaus. Höhe und Art der Verzinsung müssten im Detail abgewartet werden. Dann komme man erneut auf die Gremien zu.

- Auf weitere Frage von Frau Deitenbach nach den Details zur Verwendung der Schulpauschale wird verwaltungsseitig zugesagt, eine Aufstellung über alle Maßnahmen im investiven Bereich dem Protokoll beizufügen.

Anmerkung:

Eine Auflistung ist als Anlage beigefügt.

- Auf Nachfrage von Frau Deitenbach erklärt Herr Strack, dass die Einnahmen von Jagdgenossenschaften unter Haushaltsstelle 8800.1400 vereinnahmet werden. Auf weitere Frage nach der Verwendung – beispielsweise zur Instandsetzung von Waldwegen – verweist der Bürgermeister auf das Gesamtdeckungsprinzip. Im übrigen hätten Straßen und Wege immer Vorrang vor Waldwegen. Dennoch seien Initiativen auf verschiedenen Ebenen bezüglich der Waldwege geplant.

Anmerkung:

Die Gemeinde hat im Jahr 2002 Jagdpachtanteile in Höhe von 6.932,97 € vereinnahmt.

- Herr Schmidt spricht die Steuerschätzung vom November an, die noch nicht im Haushaltsentwurf berücksichtigt worden sei. Auch Eitorf werde von Mindereinnahmen nicht verschont. Rund 370 Mio. € würden die Kürzungen von Zuweisungen an die Gemeinden betragen. Die Entwicklung würde weitere Anstrengungen erfordern, den Haushalt 2003 auszugleichen.

Deshalb beantrage er nach Rücksprache mit seiner Fraktion zu prüfen, inwieweit der Überschuss der Werke aus dem Bereich „Entsorgung“ vom Jahr 2000 eingebracht werden kann, sofern sich dies nicht gebührentechnisch auswirke. Herr Schmidt bittet, dies zu prüfen und entsprechende Zahlen bis zur kommenden Sitzung des Rates vorzulegen.

Nach den Wortmeldungen geht der Bürgermeister auf den FDP-Antrag bezüglich Aussetzen der Straßenausbaus „Am Sportplatz“ ein. Er schlägt vor, heute nicht über den Antrag abzustimmen, sondern zunächst eine Bürgerinformation durchzuführen. Hier hätten die Anlieger Gelegenheit, ihre Meinung darzulegen. In der Regel würde dem Votum der Anlieger auch gefolgt. Die beiden weiteren Antragsgegenstände würden dann in der Folge auch nicht zum Tragen kommen.

Frau Joest erklärt sich mit der Vorgehensweise einverstanden.

Schließlich regt der Bürgermeister an, zur besseren „elektronischen“ Verwertung (beispielsweise Internet und Einbindung ins Protokoll) die Haushaltsreden auf Diskette vorzulegen oder per E-Mail zuzusenden. Im übrigen bittet er, Anträge entsprechend zu kennzeichnen.